

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 04.07.2013**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Wappensaal,

Zeit:

17:03 Uhr bis 19:16 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | | |
|----------------------------------|--------------|--------------------------------------|
| Herr Dr. Bernd Wiegand | OB | anwesend von 17:35 Uhr bis 18:38 Uhr |
| Herr Jürgen Busse | CDU | |
| Herr Werner Misch | CDU | |
| Herr Andreas Scholtyssek | CDU | |
| Herr Swen Knöchel | DIE LINKE. | anwesend ab 17:20 Uhr |
| Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck | DIE LINKE. | |
| Frau Birgit Leibrich | parteilos | |
| Herr Dr. Karamba Diaby | SPD | anwesend von 17:15 Uhr bis 19:08 Uhr |
| Herr Dr. Rüdiger Fikentscher | SPD | |
| Frau Beate Fleischer | FDP | |
| Frau Elisabeth Krausbeck | BÜNDNIS | |
| 90/DIE GRÜNEN | | |
| Herr Manfred Sommer für Halle | MitBÜRGER | |
| Frau Renee Fischer | Verwaltung | |
| Herr Rene Müller | Verwaltung | |
| Frau Kerstin Ruhl-Herpertz | Verwaltung | |
| Herr Uwe Stäglin | | |
| | Beigeordnete | |
| r | | |
| Frau Martina Wildgrube | Verwaltung | |
| Herr Christoph Bernstiel | SKE | |
| Herr Dr. Justus Brockmann | SKE | |
| Frau Julia Burghardt | SKE | |
| Frau Marion Krischok | SKE | |
| Frau Dr. Regina Schöps | SKE | |
| Herr Stefan Schulz | SKE | |

Entschuldigt fehlen:

| | |
|---------------------------|------------|
| Frau Rita Lachky | Verwaltung |
| Herr Lutz Müller | Verwaltung |
| Herr Oliver Paulsen | Verwaltung |
| Herr Dr. Wilfried Fuchs | SKE |
| Herr Hans-Jürgen Schiller | SKE |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck**, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Frau Krausbeck teilte mit, dass die Liste für die Erklärung über die zukünftige Verfahrensweise zum Versand der Ausschussunterlagen noch einmal in den Umlauf gegeben wird, mit der Bitte um Vervollständigung der Eintragungen.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt. Sie erläuterte, dass dem Ausschuss eine Dringlichkeitsvorlage „Brandschutzbedarfsplan“ V/2012/10626 vorliegt, die zusätzlich auf die Tagesordnung aufgenommen werden soll. **Frau Wildgrube, Referentin für Ordnung und Sicherheit** führt in die Problematik ein. **Herr Misch, CDU-Fraktion** äußerte sich ablehnend für die Behandlung der Vorlage als Dringlichkeitsvorlage unter Berufung auf die Regelungen für Dringlichkeitsvorlagen in der Geschäftsordnung. Diese sehen nicht vor, eine Vorlage unter dem Aspekt der Dringlichkeit zu behandeln, wenn eine Stadtratsfraktion dazu in der letzten Stadtratssitzung einen diesbezüglichen Antrag gestellt hat.

Frau Krausbeck bittet um Abstimmung, ob die Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung genommen werden soll.

Bei 1 Ja-Stimme und 7 Neinstimmen wurde die Vorlage nicht auf die Tagesordnung genommen.

Weiterhin gibt **Frau Krausbeck** den Hinweis, dass die Vorlage V/2013/11516- „Neubau des Feuerwehrhauses der Ortsfeuerwehr Halle-Trotha“ noch einmal geändert worden ist, es wurden dazu Austauschblätter ausgeteilt und vorab per Mail versandt. Weiterhin erläuterte sie die Änderung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen- Vorlage V/2013/11701.

Herr Sommer, MitBÜRGER für Halle, stellte den Geschäftsordnungsantrag, die Abfallgebührensatzung auf dieser Sitzung als erste Lesung zu behandeln. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung** erläuterte, dass es sich hier lediglich um eine Heilungssatzung für den Satzungsbeschluss handele und bat um einen Beschluss als Ergebnis dieser Sitzung. Daraufhin wurde der Geschäftsordnungsantrag zurückgezogen. Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung. Frau Krausbeck bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 08.05.2013
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 13.06.2013
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11777
- 4.2. Neubau des Feuerwehrhauses der Ortsfeuerwehr Halle-Trotha (Seebener Straße-Freifläche neben der Gesamtschule "Hans Christian Andersen")
Vorlage: V/2013/11516
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen
Vorlage: V/2013/11701
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Mitteilung durch den Oberbürgermeister zum Hochwasser 2013
- 7.2. Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 08.05.2013

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.05.2013.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 13.06.2013

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 13.06.2013.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: mit zwei Enthaltungen einstimmig zugestimmt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2013/11777**

Frau Ruhl-Herpertz führte in die Vorlage ein. Sie erläuterte die Notwendigkeit der Einbringung der Vorlage für die „Heilungssatzung Abfallgebührensatzung“ für den Kalkulationszeitraum 2013/2014. Hintergrund sind drei in der Sache identische Entscheidungen des OVG Sachsen-Anhalt vom 16.04.2013, wonach die über viele Jahre vorgenommene degressive Gebührenstaffelung der Restmüllgebühren für mit der Regelung des Kommunalabgabengesetz LSA unvereinbar erklärt worden war. Folge davon ist die Angreifbarkeit der am 21.11.2012 durch den Stadtrat beschlossenen Gebührensatzung. **Herr Misch CDU-Fraktion** ergänzte, indem er u. a. darlegte, dass den eigentlichen Anliegen, welches die Kläger mit der Anfechtung ihrer Abfallgebührenbescheide verfolgt hatten, in den gerichtlichen Entscheidungen nicht stattgegeben worden sei. So sei insbesondere der Rückführung von Geldern aus den Verkäufen an Anteilen der Stadt an der RAB GmbH in den Gebührenhaushalt eine Absage erteilt worden.

Grund ist eine im Jahr 2001 erfolgte Änderung insbesondere zu § 5 KAG-LSA aus dem Jahr 1999. **Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE** warnt vor Schnellschüssen, vor einem Jahr seien bereits viele Bedenken geäußert worden, man wollte damals die Satzung deshalb nur für ein Jahr beschließen. **Frau Ruhl-Herpertz** erwiderte, dass es sich hier lediglich um eine Heilungssatzung handele, die konkreten Kosten aufgrund der zweijährigen Kalkulation vorlägen und deshalb inhaltlich nichts beschlossen werden könne, was den bestehenden Kostenrahmen sprengt.

Frau Dr. Schöps sachkundige Einwohnerin, wendete ein, dass sich mit dieser Satzung doch etwas für etliche Einwohner ändere unter Verweis auf die Auswirkung des Wegfalls der Halbierungspauschale bei über 50 % der Ein-Personen-Haushalte. So solle an den Ausformulierungen der Satzung hinsichtlich Nachvollziehbarkeit gearbeitet werden und eventuell das, was heute beschlossen werde bis zum Jahresende befristet werden. **Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE** plädierte dafür, den Beschlussvorschlag zu ändern, dass deutlicher herauskomme, dass diese Satzung nur für den Zeitraum 2013/2014 Geltung entfaltet.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt stimmte dem zu.

Herr Dr. Fikentscher SPD-Fraktion fragte die Verwaltung, ob es möglich sei, für die Bürger ein Informationspapier, welches die wesentlichen Änderungen darstelle, zu erarbeiten. **Frau Ruhl-Herpertz** hielt das für machbar. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE** bat zu prüfen, ob im Falle einer zeitlichen Verkürzung der Geltungsdauer der Satzung Probleme hinsichtlich der Rückwirkung auftreten können. **Frau Ruhl-Herpertz** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu. **Herr Misch CDU-Fraktion** legte dar, dass sich an der eigentlichen Kalkulation nichts geändert habe, nur an der Verteilung der Kosten. Er regte an, den Beschlussvorschlag um die Passage „auf Grundlage der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.4.2013“ zu ergänzen. In dem Zusammenhang übte er Kritik an der Verwaltung, dass diese keine Nichtzulassungsbeschwerde gegen die Entscheidung des OVG eingelegt habe.

Frau Dr. Schöps regte im Zusammenhang mit dieser Satzung eine generelle Überarbeitung hinsichtlich der Formulierung von Sachverhalten, Beseitigung von Missverständlichkeiten an und dass die durch die Verwaltung für das IV. Quartal 2013 angekündigte Diskussion von abfallrechtlichen Problemen und deren zukünftige satzungsrechtliche Behandlung mit in den Beschlussvorschlag aufgenommen wird.

Herr Stäglin fasste die Änderungen der Vorlage zusammen und Frau Ruhl-Herpertz formulierte den Beschlusstext, über den schließlich der Ausschuss abstimmte.

Zur Abstimmung wurden zunächst die SKE befragt: bei 2 Enthaltungen gab es 4 Zustimmungen zur Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Anmerkung:

Der Beschlussvorschlag wurde durch mehrere Wortmeldungen geändert und von der Verwaltung übernommen.

ursprünglicher Beschlussvorschlag:

Der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der auf Grundlage der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.4.2013 überarbeiteten Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) für den Kalkulationszeitraum 2013/2014 wird zugestimmt.

zu 4.2 Neubau des Feuerwehrhauses der Ortsfeuerwehr Halle-Trotha (Seebener Straße-Freifläche neben der Gesamtschule "Hans Christian Andersen")
Vorlage: V/2013/11516

Herr Misch, CDU-Fraktion kritisierte zu Beginn das Datum der Vorlage. Da es sich um eine geänderte Vorlage handelt, müsste diese auch das Änderungsdatum tragen. Das wird zukünftig besser berücksichtigt.

Herr Schumann, Fachbereich Sicherheit erläuterte die Vorlage. Das Vorhaben ist in der Haushaltsplanung 2012 bis 2015 enthalten.

Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner fragte danach, ob die Bedingung der freien Ausfahrt in der Planung berücksichtigt worden sei. **Herr Schumann** ergänzte seine Erläuterungen und bestätigte dies. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion** fragte nach getrennten Umkleieräumen für Männer und Frauen und wie viel Personen das konkret betreffe. **Herr Schumann** erläuterte, dass bislang in der Fahrzeughalle sich umgezogen werden muss und das dies 36 Männer und 7 Frauen betreffe. Eine DIN-gerechte Planung des Vorhabens sei erfolgt. **Herrn Dr. Köcks** Frage, ob das Vorhaben ein Typenbau sei oder ob frei geplant worden sei, beantwortet **Herr Bielecke** mit dem Hinweis auf freie Planung. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE** merkt an, dass es sehr erfreulich sei, dass nunmehr über das Vorhaben abgestimmt werden kann.

Auf die Frage von **Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion**, wie verlässlich die Kosten sind, antwortet **Herr Bielecke**, dass es sich hier um am Markt erzielte Preise handele, auf der Basis von 2012.

Es wird abgestimmt. Frau **Krausbeck** bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, diese stimmten dem Vorhaben einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Planung und den Neubau des Feuerwehrhauses der Ortsfeuerwehr Halle-Trotha.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen Vorlage: V/2013/11701

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende erläuterte als einbringende Fraktion den Antrag und dessen zwischenzeitlich erfolgte Änderung. Insbesondere sei man der Auffassung, dass dann, wenn der Radweg Bestandteil der Fahrbahn ist, es eine Pflicht zur Beräumung von Eis und Schnee nach Straßenreinigungssatzung gebe, dies aber nicht im bestehenden Reinigungsvertrag der Stadt mit der HWS GmbH umgesetzt sei. Der Änderung des Antrags zufolge möchte man, dass Ausgangssituation und Kosten ermittelt werden, sowie Hauptstrecken aufgrund des tatsächlichen Bedarfs der radfahrenden Bevölkerung ermittelt werden, was in ein Konzept münden solle. **Herr Misch, CDU-Fraktion** wendete ein, dass die Verwaltung bereits eine ablehnende Stellungnahme zum ursprünglichen Antrag abgegeben habe. Auch ein Konzept koste Geld.

Herr Braunisch, Stadtordnung erläuterte die gesetzlichen Grundlagen für die Winterdienstpflichten, die unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherungspflichten für Gehwege und Fußgängerüberwege besteht. Radwege sind hier nicht eingeschlossen. Die Verwaltung habe für die erforderlichen Reinigungen Prioritäten zu setzen, in der Realität bestünden immer noch Defizite insbesondere an Haltestellen. Auch sei der Winterdienst auf Radwegen teilweise aus technischen Gründen nicht machbar. Bei kombinierten Geh- und Radwegen kann der beräumte Schnee meist nur auf dem Radweg abgelagert werden. Falls man sich entschlüsse, dennoch Winterdienst auf (machbaren) Radwegen durchzuführen, müssten neue technische und personelle Kapazitäten geschaffen werden mit der Folge, dass der bis 2022 geltende Winterdienstvertrag mit der HWS ergänzt werden muss. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion** wies darauf hin, dass es problematisch sei, wo beräumter Schnee zeitweilig abgelagert werden kann. Auch müssten für ein Konzept konkrete Vorgaben für bestimmte Wege gemacht werden. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion** erwiderte, dass es sich lediglich um ein Konzept handle und im Übrigen ein Teil der Radfahrer darauf angewiesen sei, auch im Winter das Fahrrad zu nutzen. **Frau Krausbeck** entgegnete, dass es schon erforderlich sei, wenn man Verbesserungen erzielen möchte, dass dafür die Voraussetzungen in der Verwaltung geklärt werden können. Außerdem könne auch der Schnee nicht unbegrenzte Zeit auf den Radwegen lagern. Auch können die Antragsteller selbst nicht einschätzen, welche Strecken für das Vorhaben überhaupt geeignet seien.

Herr Misch verweist auf die Ausführungen von Herrn Braunisch, eigentlich wäre ein Konzept sogar für die Beräumung der Fußwege erforderlich, dieses Vorhaben, so gut es gemeint sei, sprengt aber die Möglichkeiten. Auf die Frage von **Herrn Scholtyssek**, ob es bereits Vorprüfungen für Routen gäbe, antwortete Herr Braunisch, dass die Erstellung eines Konzepts im Grunde kein Problem sei und die Haupttrouten bekannt seien. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKEN** meinte, dass das Argument der Verwaltung, mehr für die Fußgänger tun zu müssen, nicht zöge, da die Räum- und Streupflicht doch zu einem großen Teil auf den Bürger abgewälzt worden sei und schon auch etwas für andere Verkehrsteilnehmer getan werden müsse.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung des Antrags.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

~~1. im nächsten Winter zu gewährleisten, dass entsprechend der bestehenden Vorschriften der Straßenreinigungssatzung zur Fahrbahn gehörende Radwege bei der Durchführung der Winterdienstarbeiten angemessen berücksichtigt werden.~~

2. ein Konzept zur Verbesserung des Winterdienstes für Radwege in der Stadt Halle zu erarbeiten. Das Konzept soll eine Analyse der Ausgangssituation und einen Maßnahmenplan zur stufenweisen Verbesserung der Bedingungen auf wichtigen Hauptrouten enthalten sowie die Voraussetzungen für die Umsetzung aufzeigen (Kosten, Technik, notwendige Anpassungen der Straßenreinigungssatzung und des Vertrages über die Durchführung des Winterdienstes). Das Konzept ist bis Oktober 2013 vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen sind nicht gestellt worden.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Mitteilung durch den Oberbürgermeister zum Hochwasser 2013

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt erläuterte, dass die Verwaltung gerade eine Schadensbilanz erstelle. Der aktuelle Stand der Spenden für Hochwasseropfer betrage mit Stand vom 04.07.2013 **631 524,70 EURO**.

Im Hauptausschuss werde über die Richtlinie zur Verteilung der Spendengelder beschlossen und auch ein Vorschlag für die Besetzung des Gremiums für die Verteilung unterbreitet. Zum Thema „Gimritzer Damm“ finden beim OB Gespräche statt, daher können gegenwärtig auch noch keine „festgeklopften Ergebnisse“ vorgelegt werden.

Konkrete Aussagen werden zum Hochwasserbericht im September vorliegen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Bernstiel, SKE** nach der korrekten Schadenshöhe werden 330 Mio. EURO bestätigt. **Herr Schulz, SKE** fragt danach, ob sich jemand Gedanken darüber, wie die Kloster-Vorstadt besser geschützt werden könne, macht. **Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister** erwiderte, dass sich Gedanken zu allen Problemen gemacht werde.

Unter dem Gimritzer Damm befindet sich eine Gasleitung. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion** fragte danach, wenn eine Spundwand für den Gimritzer Damm gekauft würde, gäbe es da doch Probleme mit dieser und wo solle diese gelagert werden. **Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister** antwortete, dass das momentan geprüft würde und man nach optimalen Lösungen suche. Er habe auch nie behauptet, dass die Spundwand gekauft wird.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE fragte, ob die genannte Schadenssumme bis September noch wachsen könne und ob es auch für die Bürger in Planena und Burg eine Lösung gebe. **Herr Dr. Wiegand** betonte, dass dies eine Abschätzung zum jetzigen Zeitpunkt sei, die Summe könne noch anwachsen. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion** wollte den Verlauf der Gespräche mit der Hochschule für Design wissen, da auch dort hohe Schäden zu verzeichnen seien. **Herr Dr. Wiegand** antwortete, dass mit allen gesprochen worden sei. **Frau Krischok, SKE** fragte danach, inwieweit es für städtische Gebäude Versicherungen gebe. **Herr Dr. Wiegand** erwiderte, dass es grundsätzlich in Hochwasser-/Flutungsgebieten bis auf wenige Ausnahmen keinen Versicherungsschutz gibt.

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende wies auf die Veröffentlichung in der MZ, der Damm am Osendorfer See sei unzureichend gebaut worden, hin. **Herr Stäglin** erwiderte, dass das Problem in der Beigeordnetenkonferenz diskutiert worden ist. **Herr Johannemann, Untere Wasserbehörde** erläuterte, dass die alte Verwallung die Schwachstelle gewesen sei und man den Vorwurf so nicht stehen lassen könne. Die Verwaltung stehe auch in Kontakt mit dem dortigen Verein. **Herr Bernstiel, SKE** hatte die Information, dass sich das Areal dort gänzlich erledigt hätte, der See stehe 8m über Normal. Dazu wird es konkrete Ausführungen im Hochwasserbericht im September geben.

Herr Johannemann erläuterte, dass derzeit die Pumpen nicht laufen, da das Pumpenhaus unter Wasser steht. Die Stadt wird hier aktiv werden, da ansonsten das Areal großflächig gesperrt werden müsse. Lösungen müssen gefunden werden, um die Böschungen zu sanieren und deren Standsicherheit weiter zu gewährleisten. Im Moment seien diese noch standsicher.

Herr Misch, CDU-Fraktion berichtete, dass er einen Anruf von einem Diplom-Wasserwirtschaftler erhalten habe. Dieser habe der Verwaltung nach 2011 umfangreiches Material zugeleitet, bei dessen Berücksichtigung der Schaden in Halle nicht so hoch ausgefallen wäre. Außerdem habe er beobachtet, dass die Stützwand am MMZ verkehrt aufgebaut worden sei. **Herr Bernstiel, SKE** stellte klar, dass diese Stützwand physikalisch richtig ausgeführt und aufgebaut worden sei und der sachgerechte Einbau der Spundwand auch durch verschiedene Stellen (u.a. THW) bestätigt worden sei. Das eigentliche Problem sei der Untergrund.

Herr Stäglin betonte, dass die Stadt nach dem Hochwasser 2011 schon entsprechende Maßnahmen ergriffen habe (z. B. Trafo-Haus, Abstimmungen im Bereich Talstraße, Überlegungen zu einem Verknüpfen von Deichertüchtigung Gimritzer Damm mit dem Thema Grundwassermanagement Halle-Neustadt). **Herr Misch** fragte danach, wann mit der Entfernung des Bewuchses auf dem Damm gerechnet werden könne. **Herr Stäglin** verwies auf die im vergangenen Jahr dazu ausgereichte Information, des Weiteren sei die Fällung der Bäume ein Thema im Zusammenhang mit Lösungen für den Damm.

Herr Scholtyssek fragte-wenn die Pumpengalerie funktioniere, wo dann der große Schaden in zweistelliger Millionenhöhe bestehe? Die Verwaltung wird darauf schriftlich antworten.

Frau Burghardt, SKE regt weitere Veröffentlichungen der Bodenanalysen an, eventuell solle dazu auch das Amtsblatt genutzt werden und sie fragte nach der Einbindung der Kleingärtner.

zu 7.2 Baumfällliste

Herr Sommer, MitBÜRGER für Halle-Neues Forum fragte danach, wie viele Bäume auf dem Grundstück der HWG (im Paulusviertel) stehen bleiben werden, insbesondere ob die Eichen erhalten bleiben oder gefällt werden. Die Verwaltung antwortet schriftlich.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Schulz, SKE verwies auf die Ausführungen in der letzten Sitzung des Ausschusses, wonach für die Mieter des MMZ die Nutzung des Salzgrafenplatzes zum Parken möglich gewesen sei. Am heutigen Tage habe er erfahren, dass dies ein privater Platz sei und der Eigentümer beginne, Fahrzeuge entfernen zu lassen. Warum hat die Stadtverwaltung da Ausnahmegenehmigungen erteilt? Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

Frau Krischok hatte vier Fragenkomplexe, welche sie am Sitzungstag vorab der Verwaltung mitgeteilt hatte:

Trinkerstandort, insbesondere am Meeresbrunnen

1. Gab es im laufenden Jahr Beschwerden über die Freilufttrinker am Meeresbrunnen? Wenn ja, wie viele und welcher Art?
2. Wem gehört das Grundstück, auf dem sich die Freilufttrinker am Meeresbrunnen i. d. R. aufhalten?
3. Wenn der Bereich, auf dem sich Freilufttrinker aufhalten, städtisches Eigentum ist, wie wird für Sauberkeit und Ordnung gesorgt?
4. Hat die Stadt Sozialarbeiter o. ä. für erwachsene Suchtabhängige bzw. ist bekannt, ob z. B. Wohnungsgesellschaften diese haben?

Ordnungswidrigkeiten lt. Gefahrenabwehrverordnung

1. Wie viele Ordnungswidrigkeiten wurden auf der Grundlage der Gefahrenabwehrverordnung im 1. Halbjahr 2013 festgestellt und geahndet? Bitte für jeden Paragraphen einzeln auflisten?
2. Gibt es für bestimmte Stadtteile, in denen diese gehäuft auftreten? Wenn ja, welche Ordnungswidrigkeiten und in welchen Stadtteilen?

Gestaltung der Stadtmöbel

1. Sieht die Stadtverwaltung Möglichkeiten, die Stadtmöbel so zu gestalten, dass diese zum positiven Erscheinungsbild unserer Stadt beitragen? Wenn ja, welche?
2. Können Sie sich vorstellen, dafür zu sorgen, dass z. B. an Papierkörben positiv formulierte Aufforderungen stehen, die zum Benutzen einladen? (s. Anlage)
3. Gibt es Patenschaften zum Beschaffen oder in Ordnung halten von Stadtmöbeln? Wenn ja, wie viele und welche Art der Stadtmöbel betrifft das?

Winterdienst

Gibt es konkrete Schlussfolgerungen, die die Stadtverwaltung aus der Auswertung der Winterdienstperiode 2012/2013 zieht? Wenn ja, welche?

Herr Braunisch, Teamleiter Straßen-und Winterdienst, teilte mit, dass die Leistungen erweitert werden sollen.

Weiterhin fragte Frau Krischok nach, ob die abgebaute Bank in der oberen Leipziger Straße noch existiere.

Die Verwaltung wird auf die Frage schriftlich antworten.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion fragte, ob es Perspektiven für vom Hochwasser betroffene Gartenanlagen gebe. **Herr Stäglin** antwortete, dass darüber innerhalb der Verwaltung gesprochen werde. Gleichzeitig verwies er auf die Ausführungen im Zusammenhang mit der Diskussion zur Kleingartenkonzeption.

Frau Burghardt, SKE fragte danach, warum die Verwaltung bislang noch nicht die Frage nach der Grundwasserproblematik in Seeben vom März dieses Jahres beantwortet hat. **Herr Stäglin** sichert die Beantwortung zu.

Herr Busse, CDU-Fraktion möchte wissen, was gegen den Missbrauch der Blumenkübel am Kaufhaus „Wöhr!“ als Toilette getan wird. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE** verwies in dem Zusammenhang auf seine diesbezüglich gestellte Frage an Herrn Stäglin zu Beginn dessen Tätigkeit in der Stadtverwaltung Halle- Herr Stäglin habe damals zugesichert, dass da etwas getan werde.

zu 9 Anregungen

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.08.13

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzende

Renée Fischer
Protokollführerin